Am Scheideweg: Europas Industriebeschäftigte zwischen geopolitischer Instabilität, wirtschaftlicher Volatilität und der Gefahr einer Deindustrialisierung

Dokument in der 35. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe verabschiedet
Elewijt, 27.-28. Mai 2026 | 2026/178

Kontext

Europa befindet sich in einer Phase extremer geopolitischer Instabilität, die durch eskalierende Konflikte, die Unterbrechung wichtiger Handelswege und eine zunehmende globale Fragmentierung mit einer enormen Energiepreisentwicklung gekennzeichnet ist. Diese Entwicklungen haben sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf die europäische Industrie, die Beschäftigten und den sozialen Zusammenhalt.

Die jüngsten geopolitischen Spannungen haben erneut deutlich gemacht, dass Europa weiterhin anfällig für externe Energie- und Rohstoffschocks ist. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund steigender Preise für fossile Brennstoffe, anhaltender Unterbrechungen der Lieferketten und einer erhöhten Marktvolatilität. In der Folge verschärft sich der Inflationsdruck, während sich gleichzeitig das Wirtschaftswachstum verlangsamt. Wieder einmal zeigt sich die enorme Abhängigkeit Europas von der geopolitischen Entwicklung, die mit Belastungen für die europäischen Verbraucher*innen einhergeht. Darüber hinaus birgt die akute Krise im Düngemittelsektor erhebliche Risiken für die Ernährungssicherung – sowohl in Bezug auf die Versorgungslage als auch auf die Kosten.

Die Industriebeschäftigten in ganz Europa spüren die Folgen dieser Volatilität bereits deutlich – in Form von Beschäftigungsabbau, Kurzarbeit, Produktionsrückgängen, steigenden Lebenshaltungskosten, sinkenden Reallöhnen und wachsender Arbeitsplatzunsicherheit. Dies geschieht ausgerechnet in einer Phase, in der sich die Kaufkraft nach früheren Krisen gerade erst wieder zu erholen begann.

Die Kombination aus hoher Inflation, schwachem Wirtschaftswachstum und anhaltender Unterinvestition birgt ein ernstzunehmendes Stagflationsrisiko. Dieses gefährdet nicht nur die industrielle Beschäftigung, sondern untergräbt auch die Ergebnisse von Tarifverhandlungen, belastet die sozialen Sicherungssysteme und öffentlichen Dienstleistungen und bedroht letztlich die soziale Stabilität.

Während geopolitische Schocks von den Energiemärkten direkt an Haushalte und Industrie weitergegeben werden, prägen die Profitgier und Preisabzocke einiger Akteure an der Tankstelle und im fossilen Energiesektor weiterhin die Entwicklung. Dies untergräbt das Vertrauen der Öffentlichkeit und verschärft die soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit.

Die derzeitige Ausgestaltung des Strommarktes, die auf Grenzkostenpreisen und dem Merit-Order-Prinzip beruht, koppelt den Strompreis weiterhin an fossile Brennstoffe und CO_2-Kosten – selbst dann, wenn der überwiegende Teil des Stroms aus emissionsarmen Quellen erzeugt wird. Diese Marktlogik ist für ein

dekarbonisiertes Energiesystem nach wie vor ungeeignet und setzt Beschäftigte und Industrie unnötigen Preisschwankungen aus, obwohl nicht-fossile Energiequellen inzwischen rund 70 % der Stromerzeugung in Europa stellen.

Um sowohl für private Haushalte als auch für die Industrie nachhaltige und verlässliche Preise sicherzustellen, muss Europa sich von einem ausschließlich marktorientierten Energieansatz lösen und zu einem Preissystem zurückkehren, das sich an den tatsächlichen Kosten für Erzeugung, Instandhaltung, Absicherung der Infrastruktur sowie an der Vorbereitung künftiger Investitionen orientiert. Energiesicherheit darf nicht von Marktvolatilität abhängig sein, sondern muss durch öffentliche Planung und langfristig angelegte Investitionen in eine leistungsfähige, zuverlässige und kohlenstoffarme Infrastruktur gewährleistet werden.

Das Fehlen einer Industriepolitik, zu geringe Investitionen der Privatwirtschaft, eine zunehmende Ausrichtung auf Finanzgeschäfte und die Verteilung von Wohlstand an die Reichsten haben die industrielle Basis Europas systematisch untergraben, indem kurzfristige Renditeerwartungen Vorrang vor produktiven Investitionen, Innovation und langfristiger industrieller Resilienz erhalten. Infolgedessen geraten nahezu alle Industriezweige unter Druck. Energieintensive Industrien, die Grundstoffproduktion, strategische Fertigungssektoren sowie die Herstellung sauberer Technologien sind dabei besonders stark von Standortverlagerungen, Arbeitsplatzabbau und dem Verlust strategischer Kapazitäten betroffen.

Europas Abhängigkeit von wenigen Drittstaaten, insbesondere China und die USA, in den Bereichen Energie, kritische Rohstoffe und Grundchemikalien, Schlüsseltechnologien, umweltfreundliche industrielle Vorleistungen sowie sicherheitsrelevante Fertigung stellt ein wachsendes Risiko für die wirtschaftliche Sicherheit und die demokratische Souveränität dar. Diese strukturelle Verwundbarkeit droht sich weiter zu verschärfen, sofern Europa nicht entschlossen auf den kürzlich verabschiedeten chinesischen Fünfjahresplan reagiert, der ausdrücklich darauf abzielt, die Dominanz in strategischen und kritischen Wertschöpfungsketten weiter auszubauen.

Frühere Krisen wie die Covid 19- Pandemie haben gezeigt, dass durch ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene — einschließlich gemeinsamer Beschaffung, strategischer Reserven und wirksamer Instrumente zum Schutz der Beschäftigung — Schocks abgefedert und die Beschäftigten wirksam geschützt werden können, sofern entsprechende Maßnahmen entschlossen und rechtzeitig umgesetzt werden. Investitionen allein garantieren jedoch keine gerechten Ergebnisse: Sie müssen zwingend mit einer Stärkung der industriellen Demokratie in ganz Europa einhergehen, bei Finanzierung aus öffentlichen Mitteln sozial konditioniert werden und dürfen nicht dazu führen, dass Beteiligungsrechte oder Arbeitnehmer*innenrechte unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus geschwächt werden.

Der Exekutivausschuss von industriAll Europe bestätigt deshalb noch einmal, dass:

1. **Deeskalation, Diplomatie, die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts zentrale Grundlagen für eine friedliche und demokratische Zukunft sind**. Vor diesem Hintergrund bringen wir angesichts des fortdauernden Krieges Russlands gegen die Ukraine sowie der Eskalation der Konflikte im Nahen Osten unsere tiefe Besorgnis über die zunehmenden Risiken für die globale Stabilität und den Schutz der Zivilbevölkerung zum Ausdruck. Gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung[1] verurteilen wir aufs Schärfste die Bombenangriffe der USA und Israels auf den Iran und den Libanon ebenso wie die Vergeltungsmaßnahmen des iranischen Regimes gegen seine Nachbarländer sowie dessen Menschenrechtsverletzungen im Iran. Wir verurteilen jede Verletzung der territorialen Integrität sowie alle einseitigen militärischen Handlungen, die die

[1] https://www.ituc-csi.org/ITUC-urges-immediate-ceasefire

regelbasierte internationale Ordnung untergraben. Zugleich fordern wir eine unverzügliche Deeskalation aller Konflikte und eine Rückkehr zu Diplomatie und Dialog. Arbeitnehmer*innen und ihre Familien sind immer die ersten, die unter den Folgen eines Krieges zu leiden haben.

Der Exekutivausschuss von industriAll Europe fordert außerdem, dass:

2. **Europa dringend und geschlossen handelt**, um die industriellen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen geopolitischer Instabilität sowie Preisschwankungen zu bewältigen. Dabei müssen die Beschäftigten sowie die langfristige Widerstandsfähigkeit der europäischen Industrie im Mittelpunkt des Handelns der Europäischen Union stehen,

3. die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten den **Risiken einer Stagflation** durch eine koordinierte makroökonomische Politik entschlossen **entgegentreten**, die die Nachfrage stützt, die Kaufkraft stärkt und nachhaltige öffentliche wie private Investitionen ermöglicht,

4. **die Beschäftigten nicht den Preis krisenbedingter Profitgier zahlen müssen.** IndustriAll Europe fordert daher:
    - eine Übergewinnsteuer,
    - verbindliche Maßnahmen zur Verhinderung von Preistreiberei auf den Märkten für Energie und lebenswichtige Güter,
    - die Einnahmen aus solchen Maßnahmen müssen in öffentliche Investitionen in die Energiewende und in soziale Sicherheit fließen,

5. die EU dringend ihre **Energiepolitik reformiert**. Dies umfasst:
    - die Entkopplung der Strompreise von der **fossilen Grenzpreisbildung**,
    - die Stärkung der Regulierung zur Stabilisierung der Preise für Haushalte und Industrie,
    - einen europäischen Industriestrompreis, der auf einem global wettbewerbsfähigen Niveau liegt, und ein harmonisiertes System mit angemessener Finanzierung sowie soziale Konditionalitäten;
    - die Beschleunigung des Ausbaus erschwinglicher sauberer Energie und der dafür erforderlichen Infrastruktur, unter Wahrung der nationalen Souveränität beim Energiemix;
    - die Reindustrialisierung Europas und die groß angelegte Umstellung auf saubere Energiequellen erfordern robuste, ausgeglichene und steuerbare Netze. Dies erfordert massive Investitionen in die Strominfrastruktur, kontrollierte Verbindungsleitungen sowie den Einsatz kohärenter und sich ergänzender Flexibilitätsmaßnahmen in jedem EU-Land;
    - die Förderung von Energieeffizienz und Energieeinsparungen, soweit dies möglich ist,
    - die Stärkung von Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich Energietechnologien;
    - die Anerkennung der Komplementarität aller kohlenstoffarmen Sektoren (alle verfügbaren CO_2-neutralen Energiequellen, Flexibilitätsmaßnahmen, Speichertechnologien und intelligente Netze sowie grünes und synthetisches Gas), da keine einzelne Technologie die Versorgungssicherheit, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die Erreichung der Klimaziele gewährleisten kann;
    - Auch wenn die Ausgangslage in jedem Mitgliedstaat unterschiedlich ist (insbesondere in Bezug auf die Stromerzeugung und die Auswirkungen der Energiepreiskrise), muss das europäische Energierahmenwerk auf einer starken Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten beruhen. Es sollte zudem eine deutlich stärkere Koordinierung der Energiepolitik in Europa fördern und dem Grundsatz folgen, dass Energie ein Grundrecht und Teil der grundlegenden Daseinsvorsorge für die europäischen Bürger*innen ist.

6. sofortige Krisenreaktionsmechanismen aktiviert werden, darunter:
    - **europäische Instrumente zur Beschäftigungssicherung nach dem SURE-Modell**, um Kurzarbeit zu unterstützen und Entlassungen zu verhindern,
    - soziale Konditionalitäten für alle Soforthilfemaßnahmen für die Industrie, einschließlich Garantien für Beschäftigungssicherheit;
    - koordinierte Maßnahmen in Bezug auf **strategische Reserven, gemeinsame Beschaffung und Nachfragesteuerung**, wie sie bereits in früheren Energiekrisen erfolgreich eingesetzt wurden,

7. den Regierungen die Möglichkeit zu geschlossenem Handeln gegeben werden muss, indem die **Flexibilität der EU-Haushaltsregeln** unter bestimmten Auflagen erhöht wird. Die Ausnahmeregelung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollte in Kraft gesetzt werden, um sicherzustellen, dass ein anhaltender Rückgang der Investitionen die Wirtschaft nicht weiter schwächt,

8. Europa sich zu einer **proaktiven, langfristigen Industriepolitik** verpflichtet, die auf Folgendes ausgerichtet ist:
    - Wiederaufbau und Stärkung industrieller Ökosysteme in allen Regionen,
    - Mobilisierung umfangreicher öffentlicher und privater Investitionen unter strengen sozialen, beschäftigungspolitischen und ökologischen Auflagen und Rückforderungsmechanismen,
    - Förderung der Nachfrage nach Produkten „Made in Europe“, die hohen sozialen und ökologischen Standards entlang der Wertschöpfungskette entsprechen,
    - Gewährleistung eines gerechten Übergangs durch angemessene Ressourcen, Kompetenzentwicklung, Weiterbildung und hochwertige Beschäftigung, um industrielle Arbeitsplätze zu erhalten und zu entwickeln,
    - Antizipation und Bewältigung der sozialen, digitalen und ökologischen Transition/Transformation durch obligatorische und rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer*innen und ihrer Vertreter*innen auf Unternehmensebene,

9. **Strategische Autonomie erfordert eine starke industrielle Basis.** Eine stärkere industrielle Souveränität Europas setzt voraus, dass Europa in der Lage ist, seine Anlagen entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette zu entwickeln, herzustellen, zu warten, abzusichern, umzubauen und zu erneuern. Bei kritischen Rohstoffen sollte Europa nach Möglichkeit seine eigenen Kapazitäten priorisieren und dort, wo dies nicht möglich ist, eine koordinierte Politik der Diversifizierung und der Versorgungssicherheit verfolgen. Europa muss in folgenden Bereichen eigene Kapazitäten aufbauen und erhalten:
    - sauberer Stahl und Grundstoffe,
    - Batterien, Wasserstoff und wichtige saubere Energietechnologien (Elektronen und Moleküle),
    - Verarbeitung und Recycling kritischer Rohstoffe und weitere Kreislaufwirtschaftstechnologien,
    - Verteidigungs- und sicherheitsrelevante Fertigung,
    - Pharmaprodukte und pharmazeutische Grundstoffe
    - KI
    - Automotive

10. Ohne **ausreichende Haushaltskapazitäten** wird die Industriepolitik wirkungslos bleiben. Die EU muss die gemeinsamen Finanzierungsinstrumente ausbauen, dabei auf den Erfahrungen mit „Next

Generation EU“ aufbauen und eine Rückkehr zur Sparpolitik ablehnen. Überall dort, wo Unternehmen von öffentlichen Geldern profitieren, fordern wir eine **verbindliche soziale Konditionierung**.

11. IndustriAll Europe bekräftigt seine **Ablehnung von Sparmaßnahmen, Deregulierung und sozialem Rückschritt**, die Unsicherheit verschärfen, die Widerstandsfähigkeit untergraben und die politische Instabilität fördern,

12. Eine proaktive Industriepolitik erfordert **mehr Demokratie am Arbeitsplatz**. Daher muss das vorgeschlagene „EUInc“-Projekt grundlegend überarbeitet werden, um zu verhindern, dass Maßnahmen zur Förderung des Wachstums in Europa die Rechte und die Beteiligung der Beschäftigten weiter schwächen.

13. IndustriAll Europe und ihre Mitgliedsorganisationen verpflichten sich zu **aktivem Engagement und Mobilisierung**, um sicherzustellen, dass Europas Reaktion auf aktuelle und künftige Krisen Folgendes gewährleistet:
    - gute Arbeitsplätze in der Industrie,
    - starke Arbeitnehmerrechte und Tarifverhandlungen,
    - einen gerechten und inklusiven grünen und digitalen Übergang.

Ein Europa, das sich ausschließlich an der Logik des Wettbewerbs orientiert, schwächt seine Arbeitnehmer*innen, seine Industrien sowie seine Fähigkeit, auf Krisen zu reagieren und Frieden zu sichern. Ein Europa hingegen, das auf industrieller, energiepolitischer und sozialer Zusammenarbeit basiert, ist der einzige nachhaltige Weg, um Versorgungssicherheit, soziale Gerechtigkeit, den Kampf gegen den Klimawandel und kollektive Souveränität zu gewährleisten.